



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Stefan Körzell, DGB
Michael Vassiliadis, IG BCE
Andreas Scheidt, Ver.di

- via E-Mail -

Jochen Flasbarth

- Staatssekretär -

TEL +49 3018 305-2020

FAX +49 3018 305-2045

buero.flasbarth@bmu.bund.de

www.bmu.de

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Hier: Schreiben vom 27. November 2018

Berlin, 21. 12. 2018

Lieber Herr Körzell, lieber Herr Scheidt, lieber Herr Vassiliadis,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. November. Gerne möchte ich Ihnen aus Sicht des Bundesumweltministeriums antworten. Vorweg möchte ich aber nochmals ausdrücklich meinen Dank für Ihre engagierte und konstruktive Mitarbeit in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zum Ausdruck bringen.

Alle, die wir in den Prozess der Kommission eingebunden sind, waren und sind uns der damit verbundenen Herausforderung und des ausgesprochen ambitionierten Zeitplans bewusst, wie er mit dem Einsetzungsbeschluss festgelegt wurde. Daher war es umso überraschender, dass zwischenzeitlich mit dem 28. November ein mögliches Datum für den Beschluss von abschließenden Empfehlungen der Kommission im Raum stand.

Natürlich hätten gerade wir als Bundesumweltministerium es sehr begrüßt, wenn es zu einer vorfristigen Einigung gekommen wäre und wir mit vollen Händen nach Kattowitz zur Klimakonferenz hätten fahren können. Zwar ist





Seite 2

dies nun nicht der Fall; entscheidend ist aber doch, dass der Prozess zu einem guten Ende und einem für alle tragfähigen Ergebnis gebracht wird. Und vor allem Letzteres schien noch nicht erreicht zu sein.

Wir brauchen einen tragfähigen Konsens, der einen an den Klimazielen orientierten, ambitionierten Kohleausstiegspfad und nachhaltige und vor allem eine in die Zukunft gerichtete Strukturentwicklung zusammenbringt. Gerade mit Blick auf die Strukturentwicklung war ein Gesamtkonsens offensichtlich noch nicht gegeben. Umso wichtiger ist es jetzt, die strukturpolitischen Empfehlungen zu konkretisieren und ein vertretbares Ergebnis zu erarbeiten. Dabei kommt einer – wie Sie auch unterstreichen – nachhaltigen Finanzierungs- und Unterstützungsarchitektur entscheidende Bedeutung zu.

Aber auch die Bundesregierung muss und wird gerade mit Blick auf die Finanzierung und sozialverträglicher Absicherung verbindlicher werden. Denn die soziale Absicherung des anstehenden Wandels ist für uns von zentraler Bedeutung. Dabei bin ich der festen Überzeugung, dass gute Klimapolitik auch gute Sozialpolitik ist – nicht nur in der Lausitz oder im Rheinland sondern auch für die Staaten, die schon jetzt vom Klimawandel unmittelbar betroffen sind.

Unterm Strich wird nochmals klar, welche Bedeutung ein Kompromiss innerhalb der Kommission letztlich hat: Wenn es der Kommission gelingt, für die Lösung dieses in Teilen gravierenden gesellschaftlichen Konflikts umfassende und von einer breiten Mehrheit getragene Empfehlungen zu erarbeiten, so ist dies ein klarer Auftrag an die Bundesregierung, diese Empfehlungen auch in toto in Regierungshandeln zu überführen.





Seite 3

Gerne können wir uns zu weiteren Aspekten in einem Gespräch Anfang
2019 nochmals austauschen.

Bis dahin wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein erholsames und besinn-
liches Weihnachtsfest und einen guten Start in das Neue Jahr 2019.

Mit freundlichen Grüßen





DGB Bundesvorstand | Henriette-Herz-Platz 2 | 10178 Berlin

Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Jochen Flasbarth

Stresemannstrasse 128-130

10117 Berlin

BMU Büro Sts Flasbarth

28. NOV. 2018

8703

<input type="checkbox"/> Sts z.K./z.E.	<input type="checkbox"/> AE
<input type="checkbox"/> AL/UAL/Ref.	<input type="checkbox"/> Stellungnahme
	<input type="checkbox"/> Votum z. Teilnahme / z. weiteren Vorgehen
	<input type="checkbox"/> Beantwortung
	<input type="checkbox"/> w. Veranlassung
	<input type="checkbox"/> m.d.B. um Rücksprache
	<input type="checkbox"/> z.d.A. / weglegen

Frist Eingang St-Büro:

Kopie an:

IG BCE
Königsworther Platz 6
30167 Hannover

DGB
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Ver.di
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Hannover / Berlin, 27.11.2018

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

die Arbeit der Kommission WSB ist nach einem schleppenden Beginn in den letzten Wochen einige Schritte nach vorne gekommen. Dass der Zeitplan der Kommission nun von der Bundesregierung verlängert worden ist, bietet die Chance die offenen Fragen in einem geordneten Verfahren zu klären. Wir setzen weiterhin die volle Kraft darauf, in der Kommission zu belastbaren Vorschlägen im Rahmen des Einsetzungsbeschlusses zu kommen, die in der Kommission eine breite Unterstützung finden können und handlungsleitend für die weitere Arbeit der Bundesregierung sind.

In Deutschland wollen wir ein bisher einmaliges Experiment in der Energiewirtschaft eines Industrielandes wagen: den Doppelausstieg aus Kohle und Kernenergie und den Umstieg auf erneuerbare Energien. Gleichzeitig werden die Anforderungen an alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche massiv erhöht, sich in Einklang mit den beschlossenen Klimazielen zu bringen. Diese Kommission soll einen Beitrag dazu leisten, die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz im Energiesektor mit den Zielen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Sozialverträglichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Dies soll nun durch die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung erfolgen. Dies ist auch der Sinn des Einsetzungsbeschlusses der Kommission, dem wir uns als Mitglieder verpflichtet fühlen und dem wir gern nachkommen wollen. Wir erwarten allerdings im Umkehrschluss, dass im Zuge der Konsultationen der Handlungsspielraum der Kommission so gestaltet bleibt, dass sie ihrer Aufgabe auch sinnvoll nachkommen kann.

Ein vorgezogener Ausstieg aus der Kohle führt zu erheblichen Auswirkungen auf Regionen, Kraftwerksstandorte, mit Blick auf die Beschäftigten und Unternehmen der Energiewirtschaft sowie auf energieintensive Industrien und Strompreise. Diese Auswirkungen müssen angemessen berücksichtigt werden. Dabei geht es um

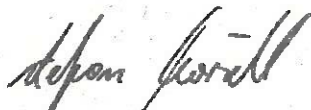
- die sozialverträgliche Absicherung der betroffenen Beschäftigten, durch den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, die Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in den Revieren und in der Haushaltsdebatte des Bundestages zugesagt hat, sowie durch die Vermeidung unbilliger sozialer und ökonomischer Nachteile;
- die Gestaltung des Strukturwandels in den Regionen durch öffentliche Investitionen etwa in die Infrastruktur oder die Ansiedlung von neuer industrieller Wertschöpfung;
- angemessene Entschädigungen der Unternehmen für die vorzeitige Stilllegung von Kohlekraftwerken;
- eine umfängliche Kompensation von Strompreiseffekten durch einen vorgezogenen Kohleausstieg.

Die bisherige Arbeit der Kommission hat gezeigt, dass ein Ausgleich der verschiedenen Interessen möglich ist und Zielkonflikte konstruktiv bearbeitet werden können. Die Kommission ist aber an einem Punkt, wo der Erfolg nicht zuletzt auch die Mitwirkung der Bundesregierung erfordert. Die letzte Sitzung hat dokumentiert, dass es in der Zusammenarbeit jetzt mehr Verbindlichkeit und Lösungsorientierung bedarf.

Dies bezieht sich zum einen auf die Frage, welche Zielvorstellungen die Bundesregierung mit Blick auf den wirtschaftlichen Strukturwandel in den Regionen verfolgt. Gesprächsstände der Bundesregierung mit der EU-Kommission und potenziellen Investoren sind der Kommission nur unzureichend bekannt. Insbesondere fehlt eine qualifizierte Einschätzung der Bundesregierung zu den Realisierungswahrscheinlichkeiten verschiedener in Rede stehender Vorhaben und Optionen für die Bewältigung des Strukturwandels.

Darüber hinaus ist der Kommission bislang nicht mitgeteilt worden, in welchem Maße die Bundesregierung für die Folgewirkungen eines vorgezogenen Kohleausstiegs eine finanzielle Vorsorge getroffen hat. bzw. bereit ist, dafür eine finanzielle Absicherung zu gewährleisten. Wir sagen ganz klar: das Erreichen der Klimaziele in der Energiewirtschaft mit einem vorgezogenen Kohleausstieg ist möglich, aber nur bei ausreichender Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten. Dies beinhaltet auch entsprechende finanzielle Kompensationen. Ansonsten bliebe nur, das Ambitionsniveau des Klimaschutzes auf der Zeitachse nach hinten schieben. Das wollen wir nicht. Wir lehnen es auch ab, durch unsere Mitgliedschaft in der Kommission für eine derartige Politik in die Mitverantwortung genommen zu werden. Wer hingegen die selbst gesetzten Klimaziele erreichen will, muss ausreichend öffentliche Mittel über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten veranschlagen. Hierzu leisten wir im Rahmen der Kommission weiterhin gern unseren Beitrag.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Körzell
Mitglied des DGB-GBV



Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE



Andreas Scheidt
Vorstandsmitglied Ver.di